

Berichte

Die Transformation der Geschichtswissenschaft in Ostdeutschland nach 1990

Jörg Roesler

Die zweitägige Konferenz fand vom 1. bis 2. September 2008 in Potsdam statt, allerdings nicht, wie man erwarten könnte, im brandenburgischen Potsdam, im Zentrum Ostdeutschlands, sondern dieses Potsdam liegt in den USA und ist einer der Standorte der State University of New York (SUNY). Das mag verwundern, noch mehr vielleicht, dass kein Historiker aus der Alt-Bundesrepublik – obwohl eingeladen – an der Veranstaltung teilnahm. Das sagt einiges aus über die Brisanz, die das behandelte Thema bis heute besitzt: Die Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft und die weitgehende Ersetzung ihrer marxistischen Vertreter durch „bürgerliche“ westdeutsche Historiker ist ein Thema, dessen Behandlung in der offiziellen deutschen Geschichtsschreibung, wie es scheint, nicht opportun ist. So waren aus den neuen Bundesländern auch fast ausschließlich Vertreter der „zweiten Wissenschaftskultur“ angereist, zu denen unter den Historikern jene zu rechnen sind, die kaum Zugang zu den Publikationsorganen und den Institutionen der deutschen Mainstream-Geschichtswissenschaft haben. Aber es kamen zudem Wissenschaftler aus den USA und Kanada zu Wort, die entweder nach 1990 persönliche Einblicke in die Umwälzung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft genommen hatten oder die dieses Thema zu ihrem Forschungsgegenstand gemacht haben. Einige von ihnen, so *Konrad Jarausch* von der University of North Carolina at Chapel Hill, gerieten dabei nolens volens in die Position des advocatus diaboli, d. h. sie sahen sich im Interesse der Ausgewogenheit der Diskussion genötigt, zugunsten der ausgebliebenen westdeutschen Historiker zu argumentieren. Dafür gebührt ihnen Anerkennung, denn so trugen sie wesentlich zur Lebhaftigkeit und zur Vertiefung der Diskussion auf der Tagung bei.

Charakteristisch für Aufbau und Aussage der Vorträge von Vertretern der „zweiten Wissenschaftskultur“ in Ostdeutschland war der Beitrag von *Werner Röhr* (Berlin), der über die Abwicklung der Geschichtswissenschaft an der Leipziger Universität sprach. Von dem nach Röhrs Einschätzung größten, produktivsten und innovativsten historischen Institut der DDR gingen nach 1989 vielfältige Initiativen zur demokratischen Umgestaltung des Hauses sowie seines Lehr- und Forschungsprogramms aus. Unter Leitung des neu gewählten Institutsrats gründeten die Bereiche Allgemeine Geschichte der Neuzeit und Geschichte der Geschichtswissenschaft das Institut für Kultur- und Universalgeschichte.

Jedoch wurde das eben gegründete Institut sehr bald abgewickelt. Auch in diesem Falle kamen alle Verfahren der Transformation zum Einsatz, die einzeln oder kombiniert auch an anderen Universitäten und Forschungsstätten der Ex-

DDR praktiziert wurden: die juristische Auflösung ganzer Bereiche durch das zuständige (Landes-)Ministerium, personelle „Säuberung“ sowie der Einsatz von Struktur- und Berufungskommissionen, die neue Lehrstühle ausschrieben, obwohl die alten juristisch erst einmal weiter existierten. Zu der nicht nur die Historiker an der Leipziger Universität treffenden Vorgehensweise gehörten auch die direkte Ausschaltung der Mitbestimmung der Wissenschaftler, Lehrverbote und die Nichtzulassung von Wissenschaftlern wegen der Wahrnehmung universitärer Wahlfunktionen in DDR-Zeiten. Dazu gehörten selbst anonyme und auch „getürkte“ Gutachten über die mangelnde Qualifikation der bisherigen Amts- und Stelleninhaber, gehörte die Indienstnahme neu berufener Professoren aus der ehemaligen DDR für die Denunziation und Entlassung ihrer Kollegen und schließlich die Neuberufung von Professoren aus den alten Bundesländern zwecks Überstülpen des westdeutschen Lehrkanons.

Ähnliches wie Röhr über Leipzig berichtete *Ludwig Elm* (Jena) über das Zentrum für Konservatismusforschung an der Universität Jena. Für den Bereich Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, dem Zentrum der international geschätzten Mottek-Denkschule, sah die Situation nach Aussagen von *Jörg Roesler* (Berlin) nicht viel anders aus, wenn auch durch die Weigerung der dafür Zuständigen, die Karlshorster Wissenschaftler überhaupt zu evaluieren, manche der beschriebenen Verfahren von vornherein „eingespart“ werden konnten. Ähnliches galt auch für das von *Axel Fair-Schulz* (Potsdam in den USA) im Ergebnis akribischer Recherchen rekonstruierte Schicksal des Akademie-Instituts für Wirtschaftsgeschichte in Berlin.

Fair-Schulz war auch der verdienstvolle Leiter der Konferenz, als Vize-Vorsitzender fungierte *Mario Kefßler* (Potsdam), der zum Thema „Ein unterschiedlicher Start, ein unterschiedliches Ende: Die ost- und westdeutsche Historiographie nach 1945“ referierte.

Konrad Jarausch, der über die Umgestaltung der Berliner Humboldt-Universität nach 1990 vortrug, hatte ebenso wie *Georg Iggers* (Buffalo) eine prinzipiell kritische Sicht auf die DDR-Geschichtswissenschaft. Eine generelle Umstrukturierung, auch mit personellen Konsequenzen, sei notwendig gewesen. Die Art und das Ausmaß der Abwicklung kritisierten jedoch beide US-amerikanischen Wissenschaftler.

Stefan Bollinger (Berlin) lenkte in seinem Vortrag die Aufmerksamkeit der Zuhörer noch einmal auf die inzwischen fast verdrängte Zeit der ehrlich gemeinten Dialoge zwischen west- und ostdeutschen Historikern, Politikwissenschaftlern und Soziologen in den ersten Monaten der „Wende“. Die Gespräche damals wären noch auf gleicher Augenhöhe geführt worden. In jenen Diskussionen hätten die ostdeutschen Wissenschaftler sich bemüht, ihre ideologischen Grenzen zu erkennen und sie zu überwinden, aber auch „sichtbar zu bleiben in ihrem originären und oftmals marxistischen Herangehen“. Dieser Dialog sei jedoch von westdeutscher Seite abgebrochen worden, sobald erkennbar wurde, dass es nicht mehr um eine Verschmelzung beider deutscher Wissenschaftslandschaften gehen würde, sondern um die Übernahme der ostdeutschen Institutionen durch West-

deutsche. Bis Mitte der 1990er-Jahre hätten mehr als 70 Prozent der ostdeutschen Akademiker ihre Anstellung verloren. „Was folgte“, führte Bollinger in Bezugnahme auf die Geschichte aus, „war eine Renaissance der ereigniszentrierten und der personenzentrierten Geschichtsauffassung sowie der Enthüllungsgeschichte. Methodologisch dominierte die Totalitarismustheorie.“

Auf der gleichen – sozusagen gesamt-ostdeutschen Ebene – erörterte *Marcus Aurin* (Chicago) auf der Basis seiner Dissertation, die sich mit der „zweiten Wissenschaftskultur“ in Ostdeutschland befasst, die von ostdeutschen Forschern außerhalb der Universitäten und Akademie gebildeten Netzwerke, von denen er besonders den „Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung“ hervorhob.

Zwei der Vortragenden waren bestrebt, die Ereignisse im Hochschulbereich in ein größeres Gesellschaftskonzept einzugliedern. *William Pelz* (Chicago) erklärte sich die Tatsache, dass zwischen 1994 und 1998 von den 1.878 vergebenen Professorenstellen nur hundert an Ostdeutsche gingen, als Elitewechsel mit zwei Zielen: erstens eine genuine Forschung zur DDR-Geschichte zu verhindern, um ganz im Sinne der Kolonisierungstheorie (Pelz brachte Vergleiche mit dem Vorgehen der Briten gegenüber Indien im 19. Jahrhundert) das Entstehen bzw. den Erhalt einer ostdeutschen Identität zu vereiteln. Zweitens habe das Ziel bestanden, linke, insbesondere marxistische Geschichtsauffassungen aus Lehre und Forschung zu verdrängen. Pelz hatte seinem Beitrag sinnigerweise den Titel „Revanche der Krupps an den Krauses“ gegeben.

Roesler wählte für die Charakterisierung der gesellschaftlichen Umwälzung nach 1990 das Konzept des „Anschlusses“, d. h. einer asymmetrischen Vereinigung zweier Gesellschaften bei ausgeprägter Dominanz der einen. Bezogen auf die Transformation der ostdeutschen Hochschullandschaft konnte er am Beispiel von drei historischen Anschlussfällen auf ein frappierend ähnliches Vorgehen der die Macht im Anschlussgebiet Übernehmenden bei der Umgestaltung der Universitäten nachweisen.

Mehr oder minder einig waren sich alle Teilnehmer der Konferenz, dass es nach 1990 eine Integration der aufhebenswerten Seiten der DDR-Geschichtswissenschaft in die offizielle Forschung und Lehre der Bundesrepublik kaum gegeben hat. Dass es auch Ausnahmen von den berichteten Beispielen gab, bestätigte in seinem Bericht über die Entwicklung der Amerikanistik an der Universität Potsdam nach 1990 *Rainer Schnoor* (Potsdam). Generell aber sei durch die Art der Transformation nach 1990 nicht nur von reformbedürftigen Seiten des westdeutschen Wissenschaftssystems abgelenkt worden, argumentierte *Bollinger*, sondern es gingen auch humanwissenschaftliche Felder, in denen die DDR stark war, wie Osteuropakunde, Arabistik, Asien- und Afrikawissenschaften, verloren. Die Geschichte der Arbeiterbewegung wurde als Gegenstand von Forschung und Lehre verworfen. Auch andere Errungenschaften der DDR-Universitäten, wie ein günstiges Zahlenverhältnis von Lehrenden und Studenten, praxisorientierte Studien und viel Platz und Hilfe für junge Mütter im Studium, würden seit der Transformation der ostdeutschen Hochschullandschaft vermisst.